

Stand: 22.10.2024 21:13:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/736

"Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall - Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/736 vom 19.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1993 des UV vom 04.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2257 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr SPD**

### **Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall – Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über den aktuellen Umgang bayerischer Lebensmittelbehörden mit salmonellenbefallenen Lebensmitteln im Hinblick auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) „Dönerspieß“ zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welcher Sachverhalt lag dem Verfahren BayVGH 20 B 17.1560 zugrunde? War das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in die Sachbehandlung involviert? Falls ja, wie?
- Gab es in den letzten drei Jahren weitere Gerichtsverfahren in vergleichbaren Fällen?
- Sind in Bayern mit Salmonellen kontaminierte Lebensmittel im Handel (Endverbraucher)? Sind in Bayern Lebensmittel im Handel, deren Charge positiv auf Salmonellen getestet wurde? Falls ja, welche und in welchem Umfang?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit zur Frage, ob bei Lebensmitteln, bei denen Salmonellenbefall festgestellt wurde, ein Erhitzungshinweis ausreicht, um diese dennoch in den Verkehr und an den Endverbraucher zu bringen?
- Wie ist die Praxis der bayerischen Lebensmittelkontrolle in den letzten drei Jahren in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden? Wie oft wurde in diesem Zeitraum ein Salmonellenbefall bei Lebensmitteln festgestellt? In welchen Fällen hiervon wurden die betroffenen Lebensmittel zurückgenommen? In welchen Fällen hiervon geschah dies freiwillig und in welchen Fällen hiervon auf Anordnung der zuständigen Behörde?

### **Begründung:**

Der 20. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) hat mit noch nicht rechtskräftigem Urteil vom 07.02.2019 entschieden, dass die Herstellerin von fabrikmäßig hergestellten Dönerspießen verpflichtet ist, diese und die betroffene Charge vom Markt zu nehmen, wenn sie im Rahmen von Eigenkontrollen einen Salmonellenbefall feststellt. Sie hat dies auch in ihrem betriebseigenen Hygienekonzept festzuschreiben.

Nach Ansicht des VGH folgt eine entsprechende Verpflichtung der Klägerin aus Art. 7 Abs. 2 der EU-Verordnung über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel (EU-VO Nr. 2073/2005). Auf die noch von der Vorinstanz bejahte Frage, ob es sich durch das angebrachte Etikett „Vor Verzehr vollständig durchgaren!“ trotzdem um ein sicheres Lebensmittel handelt, kam es bei der Entscheidung nach Ansicht des BayVGH nicht an (vgl. Pressemitteilung des BayVGH vom 08.02.2019).

Art. 7 Abs. 2 Satz 1 der VO 2073/2005 lautet wie folgt:

*„Sofern die Untersuchung anhand der Lebensmittelsicherheitskriterien nach Anhang I Kapitel 1 unbefriedigende Ergebnisse liefert, ist das Erzeugnis oder die Partie Lebensmittel gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen.“*

Im Untersuchungsausschuss „Ei“ des Landtags, der den Bayern-Ei-Skandal aufgeklärt hat, haben etliche Beamte aus der Lebensmittelüberwachung – einschließlich Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und dessen Präsident Dr. med. Andreas Zapf – als Zeugen erklärt, dass ihrer Ansicht nach bei mit Salmonellen kontaminierten Lebensmitteln ein Erhitzungshinweis bzw. Warnhinweis ausreichen könnte, um das Lebensmittel in den Verkehr bzw. an den Endverbraucher zu bringen. Das Lebensmittel sei dann sicher. Eine automatische Rücknahme mit Salmonellen kontaminierter Lebensmittel erfolgt in Bayern daher nicht (vgl. Drs. 17/7310, S. 7). Eine Veterinärin berichtete sogar, dass ein Großteil der in Supermärkten verkauften Hühner mit Salmonellen kontaminiert seien. Im Minderheitenbericht haben daher SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER gefordert, diese Praxis zu beenden und einen Erhitzungshinweis gerade nicht ausreichen zu lassen, um kontaminierte Lebensmittel in den Verkehr zu bringen (vgl. Drs. 17/22311, S. 245f.).

Dr. med. Andreas Zapf erklärte auch in der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 01.07.2015 zum Bayern Ei Skandal wörtlich: „Das Problem ist, wie wir mit Salmonellen auf der Eischale umgehen. Ich nehme das Ei, werfe es in den Kochtopf und habe ein hochwertiges Lebensmittel.“ (Wortprotokoll, 33. UV, 01.07.2015, Vo/Stf, S.15).

Laut Pressemitteilung ist nun auch der VGH zu der Auffassung gekommen, dass eine Rücknahme bereits wegen Art. 7 Abs. 2 VO 2073/2015 zwingend sei. Auf einen möglicherweise angebrachten Warnhinweis komme es nicht an.

Die Staatsregierung muss daher dringend darüber berichten, wie die derzeitige Praxis in Bezug auf mit Salmonellen kontaminierten Lebensmitteln ist und welche Konsequenzen sie aus dem Urteil des VGH zieht.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller u.a. SPD  
Drs. 18/736**

**Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall - Konsequenzen aus der  
VGH-Entscheidung vom 07.02.2019**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Satz die Wörter „und mündlich im“ durch das Wort „dem“ ersetzt werden.

Berichterstatter: **Florian von Brunn**  
Mitberichterstatterin: **Dr. Petra Loibl**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: kein Votummit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Rosi Steinberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer SPD**

Drs. 18/736, 18/1993

### **Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall – Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich dem zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über den aktuellen Umgang bayerischer Lebensmittelbehörden mit salmonellenbefallenen Lebensmitteln im Hinblick auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) „Dönerspieß“ zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welcher Sachverhalt lag dem Verfahren BayVGH 20 B 17.1560 zugrunde? War das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in die Sachbehandlung involviert? Falls ja, wie?
- Gab es in den letzten drei Jahren weitere Gerichtsverfahren in vergleichbaren Fällen?
- Sind in Bayern mit Salmonellen kontaminierte Lebensmittel im Handel (Endverbraucher)? Sind in Bayern Lebensmittel im Handel, deren Charge positiv auf Salmonellen getestet wurde? Falls ja, welche und in welchem Umfang?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit zur Frage, ob bei Lebensmitteln, bei denen Salmonellenbefall festgestellt wurde, ein Erhitzungshinweis ausreicht, um diese dennoch in den Verkehr und an den Endverbraucher zu bringen?
- Wie ist die Praxis der bayerischen Lebensmittelkontrolle in den letzten drei Jahren in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden? Wie oft wurde in diesem Zeitraum ein Salmonellenbefall bei Lebensmitteln festgestellt? In welchen Fällen hiervon wurden die betroffenen Lebensmittel zurückgenommen? In welchen Fällen hiervon geschah dies freiwillig und in welchen Fällen hiervon auf Anordnung der zuständigen Behörde?

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.







6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts  
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)  
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen  
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen  
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Klimaschutz in der Marktwirtschaft  
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und  
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)  
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen  
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD  
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln  
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

**Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.**

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)  
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen  
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

**Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.**



20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD  
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter  
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD  
Mikroplastik in der Umwelt  
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen  
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD  
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren  
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe  
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –  
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?  
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD  
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung  
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern  
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“  
zugrunde zu legen.





